



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/25 - 29.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Klare Fronten	S. 1
Anerkennung für Adenauer - Stimme aus Brüssel	S. 3
Die CSU und die Frage der Lehrerbildung	S. 4
Zum Tode Hedtofts	S. 6
Anhang: Deutsches Manifest	.

---

## Es gibt keine Gemeinsamkeit mit der KP

Th. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die SED-Pressen versucht, die Aktionen der Sozialdemokratischen Partei im Kampf um die Einheit Deutschlands für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Die Kommunisten übersehen dabei, dass die Volksbewegung für die Einheit Deutschlands sich gegen alle Kräfte richtet, die sich der Wiedervereinigung Deutschlands in den Weg stellen; also auch gegen die Kommunisten!

Diese Leute, die in der Sowjetzone Tag für Tag die Arbeiterschaft drangsaliieren, die Sozialdemokraten verfolgen und Mitteldeutschland zu einem sowjetischen Satellitenstaat machen möchten, die in der Sowjetzone schon längst eine Kaderarmee aufgebaut haben und die gesamte Bevölkerung in Uniformen pressen möchten, besitzen die Unverfrorenheit, dem Vorstand der SPD die Veranstaltung gemeinsamer Kundgebungen gegen die Pariser Verträge vorzuschlagen.

Die isolierte Sekte kommunistischer Berufsfunktionäre in Pankow möchte sich auch als Verteidiger des Mitbestimmungsrechts in Westdeutschland aufspielen. Sie tut so, als hätte zwischen ihr und dem Streik an Rhein und Ruhr eine Übereinstimmung bestanden. Durch ihren disziplinierten Proteststreik hat die westdeutsche Arbeiterschaft alle Gegner der Mitbestimmung gewarnt. Sie fordert

die Mitbestimmung nicht nur in Westdeutschland, sondern auch im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland. Die westdeutschen Arbeiter wissen sehr wohl, dass es in der sowjetischen Zone kein Mitbestimmungsrecht, kein Streikrecht, keine Betriebsräte, überhaupt keine demokratischen Freiheiten gibt. Darum richtete sich ihr Streik auch gegen die kommunistischen Feinde des Mitbestimmungsrechts, gegen das kommunistische Ausbeuterregime in der Sowjetzone. Sie wissen sich völlig einig mit den Arbeitern der sowjetischen Besatzungszone, die am 17. Juni 1953 in der gleichen Einmütigkeit für die demokratischen Rechte Massenstreiks und Massendemonstrationen durchführten.

Für die Sozialdemokraten und die deutsche Arbeiterschaft gibt es keine Gemeinsamkeit mit der KPD oder SED. Es gibt aber völlige Übereinstimmung und die unzerstörbare Solidarität zwischen den Arbeitern im freien Teil Deutschlands und den Arbeitern im unterdrückten Mitteldeutschland. Die deutsche Arbeiterschaft ist sich einig in der Ablehnung jeder reaktionären oder kommunistischen Unterdrückung. Einig auch darin, dass Deutschland in demokratischer Freiheit sozial neugestaltet werden muß.

Das Sowjetsystem wird von der gesamten Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt. Die sowjetische Besatzungsmacht sollte endlich einsehen und sich damit abfinden, dass in Deutschland, im Lande der großen Tradition von Marx und Engels, die Arbeiterschaft endgültig über die kommunistische Irrlehre zur Tagesordnung übergegangen ist. Zu dieser Erkenntnis haben die neun Jahre der sowjetischen Besetzung Mitteldeutschlands wesentlich beigetragen. Die Sowjetmacht möge es den deutschen Arbeitern und dem deutschen Volk überlassen, die soziale Entwicklung in ihrem eigenen Lande nach eigenen Vorstellung zu bestimmen.

Wenn der Sowjetmacht an einem freiheitlichen und demokratischen Deutschland gelegen ist, sollte sie die bankrotte Ulbricht-Clique fallen lassen und der Bevölkerung Mitteldeutschlands demokratische Freiheiten gewähren. Die deutsche Arbeiterbewegung, die sowohl in Westdeutschland wie in der Sowjetzone jede Remilitarisierung ablehnt, ist dank stark genug, eine friedliche Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands zu verbürgen.

Der Kanzler in belgischer Sicht

pt-Brüssel

Bundeskanzler Adenauer beklagt sich oft bitter über die Ansichten seiner Gegner über ihn und seine Politik. Ob ihm das lieber ist, was seine Freunde, Anhänger und Glaubensgenossen im Auslande über ihn schreiben und womit sie ihr Vertrauen zu ihm begründen, dürfte fraglich sein. Es heißt in der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften Belgiens, in der "Cité", dem drittgrößten Blatt Brüssels, unter dem Titel "Das Königreich der verpassten Gelegenheiten" als Anerkennung der Adenauerschen Außenpolitik:

"Der Kanzler Adenauer, authentischer und wahrer Freund Frankreichs, alter rheinischer Separatist und vollkommener bereit, die verlängerte Teilung Deutschlands anzunehmen - hatte auf die Einigung Europas gesetzt....."

Der Artikel bemüht sich, Franzosen und Belgiern zu beweisen, dass Adenauer, "der alte rheinische Separatist", der einzige sei, der Deutschland daran hindern könne, in die "Klauen der Sozialdemokratie" zu fallen. Er sei (wobei immer wieder auf seine Vergangenheit und angebliche Zuneigung zu einem um Paris gravierenden Europa angespielt wird) der einzige, der die Gegenströmung brechen und die Pariser Abkommen durchbringen könnte - um doch noch zu der alten Formel der EVG, "die die endgültige Rettung der alten Welt bedeutet", zurückzugelangen.

Verfasser des Artikels ist der bekannte katholische Journalist und Schriftsteller Louis Vico. Was würde dem deutschen Journalisten passieren, der Adenauer einen "alten rheinischen Separatisten" und Fürsprecher einer "verlängerten Teilung Deutschlands" nennen würde? Und was einem Freunde und Anhänger Adenauers, wenn er in einer deutschen Versammlung Adenauer deswegen als den berufenen Leiter des deutschen Geschickes preisen würde?

Wers nicht glaubt, lese nach: "Cité" vom 24. Januar 1955, auf einem Ehrenplatz, oben in der zweiten Seite. Dass in einem früheren Artikel die Weisheit der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik deswegen gelobt wurde, weil man die Saar aufzugeben bereit sei, passt gut in diesen Rahmen. Netze Freunde und Anhänger hat der gegenwärtige Bundeskanzler im Auslande. Zugegeben, dass sie nicht immer so offen sagen, weshalb sie ihn so lieben und die "Freunde Europas" beschwören, ja dafür zu sorgen, dass Deutschland nicht in die Macht der Sozialisten gerät, sondern hübsch bei Adenauer bleibt....

Heiße Debatten zu erwarten für Initiativ-Antrag der  
Koalition

---

MM - München

Die Debatte über die Regierungserklärung ist in sachlicher Atmosphäre abgewickelt worden. Der Sprecher der CSU, Dr. Hanns Seidel, hat als neugewählter Landesvorsitzender seiner Partei den Versuch unternommen, zugleich mit dieser Rede auch ein Programm seiner Partei zu entwickeln. Die CSU hat auf ihrer Landesversammlung am 22. Januar zwar einen neuen Vorsitzenden gewählt, aber war nicht in der Lage, klare politische Richtlinien aufzustellen. Dr. Seidel hat darauf verzichtet, den böartigen, hetzerischen Ton der offiziellen Parteikorrespondenz der CSU fortzusetzen. Das ist ein Schritt voran, wenn auch die CSU erst beweisen muß, dass sie gerade in dieser Angelegenheit ihrem neuen Vorsitzenden folgen wird.

Es wird sich schon in allernächster Zeit zeigen, wie weit die CSU in Bayern sich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lässt. Die vier Koalitionsparteien, SPD, BP, BHE und FDP haben sich nunmehr zu einem gemeinsamen Handeln in der Frage der Lehrerbildung entschlossen. Sie werden dem Landtag einen Initiativ-Gesetzesentwurf zuleiten und damit die Auseinandersetzung über dieses Problem im bayrischen Landtag eröffnen.

Nach dem Gesetzesentwurf sollen in Bayern für die Ausbildung der Volksschullehrer "Pädagogische Institute" geschaffen werden, in denen es weder eine Trennung nach Konfessionen noch nach Geschlechtern geben wird. Lediglich für Religionspädagogik sollen getrennte Klassen geschaffen werden, für Philosophie ist das Plazet der katholischen Kirche vorgesehen. Das Studium soll sechs Semester umfassen und mit einer Prüfung abschließen. Die Pädagogischen Institute werden in den Städten errichtet werden, die Bayerns Universitäten beherbergen, das sind München, Würzburg, Erlangen und Nürnberg. Die Hochschulen werden zwar nicht den gleichen Status wie die Universitäten erhalten, aber ihnen doch

weitgehend angeglichen sein. Sie werden einen Rektor haben, der alle zwei Jahre vom kleineren Senat gewählt wird. Daneben wird noch der große Senat bestehen, der ganz ähnliche Aufgaben zu erfüllen hat, wie der große Senat unserer Universitäten. Den pädagogischen Hochschulen sind Ausbildungsschulen angegliedert, die der praktischen Berufsausbildung dienen.

Es wird möglich sein, das erste Semester im Herbst 1956 anlaufen zu lassen. Eine schwierige Frage ist selbstverständlich die Kostenfrage. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen dürften sich aber die jährlichen Mehrkosten wesentlich unter den Zahlen bewegen, die bisher genannt worden sind, weil in vier bis fünf Jahren die zur Zeit in Bayern bestehenden 14 Lehrerbildungsanstalten aufgelöst werden können.

Es wird sehr interessant sein, in welcher Weise die CSU gegen diesen Gesetzentwurf angehen wird. Es wird sich zeigen, ob die CSU bereit ist, ihre Angebote, die sie in höchster Not während der Regierungsbildung anderen Parteien gegenüber gemacht hat, wiederholen wird. Und es wird sich ferner erweisen, inwieweit die CSU die katholische Kirche veranlassen wird, aktiv in die Auseinandersetzung einzugreifen. Es häufen sich indessen auch in den Kreisen der katholischen Kirche selbst die Stimmen, die davor warnen, den Bogen in der Lehrerbildungsfrage zu überspannen.

Trauer um Hans Hedtoft

sp. Dänemark trauert um den Verlust des Mannes, der seit Kriegsende Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks war und seit 1947 mit kurzen Unterbrechungen die Regierung seines Landes leitete; Ministerpräsident Hans Hedtoft ist während der Konferenz des Nordischen Rates in Stockholm im Alter von 51 Jahren an Herzlähmung gestorben.

Aber nicht nur Dänemark trauert. Vor allen haben wir in Deutschland Anlass, uns in Schmerz und Dankbarkeit vor diesem Toten zu neigen, der - ein wahrhafter Sozialist, ein Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit, friedlicher und freiheitlicher Politik und internationaler Gesinnung - als einer der ersten führenden Politiker eines im Kriege besetzt gewesenen Landes nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur nicht nur Fühlung mit den Sozialdemokraten in Deutschland nahm und sich für die gleichberechtigte Aufnahme ihrer Partei in die internationale sozialistische Organisation einsetzte, sondern auch selbst nach Deutschland kam, von dessen demokratischer Entwicklung, wie er wußte, das Schicksal des Friedens und der Demokratie entscheidend abhing.

Hans Hedtoft, als Sohn des Schneiders Hansen am 21. April 1903 in Arhus geboren, trat schon als Buchdruckerlehrling der Sozialdemokratischen Partei bei, der seine Eltern bereits angehörten. Mit 19 Jahren wurde er Sekretär der sozialdemokratischen Jugendbewegung Dänemarks, mit 26 Jahren wurde er in den sozialdemokratischen Parteivorstand und bald darauf als Abgeordneter ins Parlament gewählt. Während der deutschen Besetzung Dänemarks war er aktiv in der Widerstandsbewegung. Nach der Befreiung des Landes wurde er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Als im November 1947 das von dem Agrarier Kristensen geführte Kabinett zurücktrat, wurde Hedtoft zum ersten Male Ministerpräsident. Die von ihm geführten sozialdemokratischen Regierungen haben Dänemark zu dem vielbewunderten Land hohen Lebensstandards, planvoller Förderung moderner Landwirtschaft und vorbildlicher Einrichtungen auf dem Gebiete sozialer Sicherheit gemacht.

Schon von der Zeit gemeinsamer Arbeit in der sozialistischen Jugendbewegung her verbanden Hans Hedtoft mit dem damaligen Sekretär der sozialistischen Jugend-Internationale Erich Ollenhauer enge freundschaftliche Beziehungen. Immer wieder haben Hedtoft und Ollenhauer es als Glück empfunden, einander zu begegnen, und es hat kaum einen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 gegeben, zu dem Hedtoft nicht erschien. Auch bei vielen Kundgebungen der SPD hat er gesprochen, und oft hat er seine Besuche in Deutschland benutzt, um der Presse oder durch den Rundfunk Erklärungen im Geiste der Verständigung und der Zusammenarbeit abzugeben.

Hedtoft hat größtes Verständnis für den Kampf gegen die kommunistischen Gleichschaltungsversuche, die kapitalistische Restauration und die nationalistische Demagogie gehabt, den die deutsche Sozialdemokratie unter Führung Kurt Schumachers und Erich Ollenhauers seit 1945 zu führen hatte. Niemand hat sich ehrlicher um die Entschärfung und Beendigung des "Grenzkampfes" in Südschleswig bemüht als er, und das von einer sozialdemokratischen Landesregierung in Schleswig-Holstein geschlossene "Kieler Abkommen" hat Hedtofts Vertrauen in die demokratischen Kräfte in deutscher Volksseele gerechtfertigt. Sich dieses Vertrauens auch weiterhin würdig zu erweisen, sei uns Verpflichtung im Andenken an den allzu früh Verstorbenen.

29.1.1955

Deutsches Manifest  
=====

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, dass jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart - ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß - hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, dass sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, dass durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird. Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!

\* \* \*